

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 20. November 2003 um 18.25 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm
Stadtrat Dr. Küntzer
Stadtrat Rank
Stadtrat Schardt (außer Ziff. 5)
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker
Stadträtin Wallrapp
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Baier
Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Heisel
Stadträtin Heisel
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Dr. Kröckel (außer Ziff. 4)
Stadtrat Mahlmeister

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Ley
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May (außer Ziff. 4)
Stadtrat Müller (außer Ziff. 1 Buchst. E)
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt (außer Ziff. 2, 4)

FBW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Haag
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp

ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer
Groß

Berichterstatter: Amtsrat Teichmann
Dipl.-Ing. Lepelmann

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Entschuldigt fehlten: 2. Bgmin. Gold
Stadtrat Jeschke
Stadtrat Straßberger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Oberbürgermeister Moser darauf hin, dass der erste Tagesordnungspunkt der öffentlichen Sitzung – Veranstaltungshalle; Sachstandsbericht – im nichtöffentlichen Teil behandelt worden ist. Am Freitag, 10.00 Uhr findet allerdings eine Pressekonferenz hierzu statt.

1. Sanierung des Hallenbades

a) Gegenwärtiger Stand der Kosten bzw. Veranschlagung im Investitionsprogramm

b) Zuschusssituation; Sachstand Art. 10 FAG, Wirtschaftsförderung

c) Steuerverbund

- Organschaft

- GmbH & Co.KG

- Blockheizkraftwerk

d) Generalinstandsetzung

- VOF-Verfahren für Architektenleistungen

- Vorziehen der Fachprojektanten

A) Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erinnert an seinen Vortrag in der vergangenen Finanzausschusssitzung und geht noch einmal kurz auf die steuerliche Problematik, den Stand der Zuschussverfahren und auf die sich daraus ergebende Kosten- und Finanzierungssituation ein. Er berichtet kurz über die Notwendigkeit eines Blockheizkraftwerkes zur Herstellung des steuerlichen Querverbunds und der Ausschreibung nach VOF bezüglich eines Architekturbüros, das die Planung übernimmt. Abschließend weist er darauf hin, dass in der Finanzausschusssitzung am 27.11.2003 Herr Himmelstoß vom Bayer. Kommunalen Prüfungsverband zum steuerlichen Querverbund mit Blockheizkraftwerk und Formwandel der GmbH einen Vortrag halten wird, zu dem alle Stadtratsmitglieder eingeladen sind.

B) – Mit 28 : 0 Stimmen –

Vom Sachstand der Zuwendungsverfahren nach Art. 10 FAG und der Richtlinien zur Förderung von Fremdenverkehrseinrichtungen öffentlicher Körperschaften sowie die sich daraus ergebende neue Kosten- und Finanzierungssituation wird Kenntnis genommen.

Ebenso wird Kenntnis genommen von den Ausführungen zum steuerlichen Querverbund (Blockheizkraftwerk und Formwandel).

C) – Mit 28 : 0 Stimmen –

1.) Vom Sachvortrag zur Errichtung eines Blockheizkraftwerkes wird Kenntnis genommen.

2.) Die Verwaltung wird beauftragt die geeigneten Fachplaner für Wärme und Elektro für das Blockheizkraftwerk zu ermitteln.

3.) Mittel stehen zur Verfügung bei Haushaltsstelle 1.5702.9450.

D) Stadtrat Heisel äußert bezüglich der Planung des neuen Hallenbades einige Wünsche. Die SPD-Fraktion bittet, diese zu berücksichtigen. Sie bittet darum, ein Warmwasser-

becken für die Senioren zu installieren. Außerdem sollte die Cafeteria in das Bad integriert und nicht mehr im Außenbereich platziert werden. Sie stellt sich auch vor, mit dem Krankenkassen Verbindung aufzunehmen, inwieweit diese bestimmte Anwendungen für Patienten übernehmen (z.B. bei Rheumakranken). Sie besteht auch darauf, den Planer darauf hinzuweisen, welche Anschaffungen förderfähig sind und welche nicht. Abschließend stellt Stadtrat Heisel noch fest, dass auch eine Alternativplanung mit Sole-Wasser / ohne Sole-Wasser erarbeitet werden soll.

E) – Mit 27 : 0 Stimmen –

- 1.) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
- 2.) Das Stadtbauamt wird beauftragt, zur Sanierung / Modernisierung des Hallenbades aufgrund der vorliegenden Grobkostenschätzungen ein geeignetes Architekturbüro im Zuge eines VOF-Verfahrens zu ermitteln.
- 3.) Für die übrigen Fachingenieure wird dem politischen Gremium nach Vorlage des Vorentwurfes je ein geeigneter Planer zu gegebener Zeit vorgeschlagen.
- 4.) Mittel stehen zur Verfügung bei HH-Stelle 1.5702.9450.

2. BGVNr. 107/01 (Tekturantrag vom 25.02.03/Fassung vom 31.07.03)

Nutzungsänderung eines besteh. Gewächshauses zu Ausstellungs-, Verkaufs- und Bewirtungszwecken, Einrichtung eines Gartenpavillons, Fassadenschutzzaun, Spielplatz, Änderung Kfz-Stellplätze

Hier: Ausnahme von der Veränderungssperre gem. § 14 Abs. 2 Bau GB

(Stadtrat Schmidt ist wegen persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich in den Zuhörerraum.)

- A) Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel erläutert eingehend den Hintergrund einer Ausnahme von der Veränderungssperre. Er betont, dass sich diese Ausnahme lediglich auf die Baugenehmigung vom 05.12.2001 bezieht und nicht auf die Tektur. Stadtrat Heisel bemängelt, dass der vorliegende Sachvortrag nicht der Aussage von Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel entspricht.

B) – Mit 22 : 5 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag des SG 61 wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat genehmigt eine Ausnahme von der Veränderungssperre gem. § 14 Abs. 2 BauGB für die ursprüngliche Baugenehmigung vom 05.12.2001.

3. Bauvoranfrage:

Neubau von 10 Wohnhäusern, Fl.Nr. 1370, Gmkg. Kitzingen

Antragsteller: Hans Schardt, Kitzingen

A) Nach den Ausführungen zum Sachverhalt von Dipl.-Ing. Lepelmann, spricht sich Stadt-
rat Rank, stellvertretender Stadtentwicklungsreferent, für den Neubau dieser 10 Wohn-
häusern aus.

Stadttrat Popp regt an, die Erschließung dieser Wohnhäuser auch über die Adalbert-
Stifter-Straße vorzunehmen.

Nach einer weiteren ausführlichen Diskussion, stellt Stadttrat Rank den Antrag auf
Schluss der Debatte.

B) – Mit 27 : 0 Stimmen –

Der Antrag von Stadttrat Rank auf Schluss der Debatte, wird angenommen.

C) – Mit 24 : 3 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen.

2. Es besteht Einverständnis, den Aufstellungsbeschluss für den B-Plan Nr. 68 „Adal-
bert-Stifter-Straße“ aufzuheben und die Zustimmung zur Bauvoranfrage zum Neu-
bau von 10 Wohnhäusern, Fl.Nr. 1370, Gmkg. Kitzingen,
Antragsteller: Hans Schardt, Kitzingen, auf der Grundlage von § 34 BauGB in Aus-
sicht zu stellen.

D) Stadttrat Popp gibt zu Protokoll, dass er dagegen gestimmt hat, weil es keine Anbin-
dung an die Adalbert-Stifter-Straße gibt.

4. Neugestaltung Dorfplatz Hohenfeld

Information / Vorratsbeschluss

A) Stadttrat Heisel spricht sich dafür aus, nur einen Trog im Rahmen der Neugestaltungen
des Dorfplatzes Hohenfeld zu platzieren. Er ist der Auffassung, dass der zweite ge-
wünschte Trog auch von der Teilnehmergemeinschaft gezahlt werden kann.

B) – Mit 9 : 16 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

2. Es besteht Einverständnis, im Bedarfsfall für die o.a. Maßnahme einen Betrag von
10.000 € überplanmäßig bereitzustellen (beinhaltet u.a. die Beschaffung zweier
Tröge).

Mittel dazu stehen bei der HHSt. 6151.9860 bereit.

C) – Mit 22 : 5 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

2. Es besteht Einverständnis, im Bedarfsfall für die o.a. Maßnahme einen Betrag von
10.000 € überplanmäßig bereitzustellen (beinhaltet u.a. die Beschaffung eines Tro-
ges).

Mittel dazu stehen bei der HHSt. 6151.9860 bereit.

5. Stromlieferung 2004 / 2005 durch N-Ergie;
Neue Rahmenvereinbarung „Kommune Plus“

- Ohne Abstimmung –

Es wird davon Kenntnis genommen, dass der Oberbürgermeister im Wege der Dringlichkeit nach Art. 37 Abs. 3 GO der neuen Rahmenvereinbarung „Kommune Plus“ zwischen dem Bayerischen Gemeindetag (*für die Kommune*) und der N-ERGIE AG vom 23.09.2003 – gültig ab 01.01.2004 -, die die bisherige Rahmenvereinbarung vom 21.09.1999 ablöst, zugestimmt hat.

Soweit sich durch künftige Änderungen bzw. Neufassungen dieser Rahmenvereinbarung keine gravierenden Abweichungen ergeben, kann der Oberbürgermeister darüber entscheiden, ob die Beitrittserklärung der Stadt aufrechterhalten werden soll. Eine gesonderte Zustimmung des Stadtrates muss nicht mehr eingeholt werden.

6. Baulandumlegung „Am Holunderweg“

A) Nach den Ausführungen der Verwaltung, besteht Stadtrat Heisel darauf, dass das Umlegungsverfahren von der Verwaltung ausgeübt wird und nicht wie unter Ziffer 2 des Beschlussentwurfes, das Vermessungsamt.

Aufgrunddessen wird nur über Ziffer 1 des Beschlussentwurfes entschieden.

B) - Ohne Abstimmung –

Es wird davon Kenntnis genommen, dass ein verkürztes Umlegungsverfahren für den am 20.02.2003 rechtskräftig gewordenen Bebauungsplan Nr. 85 in Form eines freiwilligen Grenzregelungsverfahrens nach dem Stadtratsbeschluss vom 03.07.2003 keine Aussicht auf Eintragung in das Grundbuch hat, so dass nunmehr das förmliche Umlegungsverfahren laut Stadtratsbeschluss vom 30.01.2003 wieder in Gang gebracht werden muss.

7. Beschwerde von Stadträtin Richter;
Aussage des Oberbürgermeisters in der letzten Finanzausschusssitzung

Stadträtin Richter bemängelt, dass Oberbürgermeister Moser in der letzten Finanzausschusssitzung zugesagt hat, dass Herr Hartenstein zum Thema Mobilfunk alle nötigen Unterlagen erhalten hat. Allerdings sei ihr mitgeteilt worden, dass Herr Hartenstein bis gestern noch immer keine Unterlagen erhalten hat.

Als nächstes kritisiert sie, dass der neuen Rahmenvereinbarung bezüglich N-Ergie im Wege der Dringlichkeit bereits durch den Oberbürgermeister zugestimmt worden ist. Des weiteren spricht sie die Presseerklärung unter Beteiligung des Oberbürgermeisters zum Thema Realschule an. In dieser habe er mitgeteilt, dass die Landrätin nicht mehr bereit gewesen ist, auf das Schreiben der Stadt im August zu antworten. Er habe angemerkt, dass der Sachverhalt vielleicht nicht richtig dargestellt worden ist.

8. Anfrage von Stadtrat Popp;
Information über BauGmbH

Stadtrat Popp erinnert an die Zusage der Verwaltung, den Stadtrat über den aktuellen Stand in Sachen BauGmbH zu informieren.

Oberbürgermeister Moser erwidert, dass dies in der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung erfolgen wird.

9. Anfrage von Stadtrat Müller;
Schaukasten WVC Germania

A) Stadtrat Müller erinnert an seine Anfrage in einer der letzten Sitzungen bezüglich der Entfernung des Schaukastens der WVC Germania in der Alten Burgstraße für die Fahrradtresore. Die Verwaltung hat zugesagt, Unterlagen hierüber zu übersenden. Allerdings ist dies nicht getan worden.

Dipl.-Ing. Lepelmann stellt darauf hin fest, dass die Fahrradtresore bereits errichtet werden.

Stadtrat Müller beschwert sich, dass der Stadtrat hierüber nicht informiert ist.

Dipl.-Ing. Lepelmann zeigt anhand einer Folie, wie diese Fahrradtresore aussehen und weist darauf hin, dass der Schaukasten daneben errichtet wird.

Stadtrat Heisel stellt Antrag auf Schluss der Debatte.

B) – Mit 28 : 0 Stimmen –

Der Antrag von Stadtrat Heisel auf Schluss der Debatte wird angenommen.

10. Beschwerde von Stadträtin Wallrapp;
Presseerklärung unter Beteiligung des Oberbürgermeisters bezüglich Realschule

Stadträtin Wallrapp greift nochmals die Beschwerde von Stadträtin Richter auf und unterstreicht deren Vorwürfe an den Oberbürgermeister.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 20.50 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführerin
gez.
Rose